

## Verhandlungen zu Einheitsstatut im Privatsektor gehen in die nächste Runde

# Ball bleibt bei der Regierung

Kein weißer Dampf über dem Arbeitsministerium am Rousegärtchen gestern am späten Nachmittag nach einer erneuten Verhandlungsrunde zwischen den Sozialpartnern in Sachen Tripartite-Ziel Einheitsstatut der Arbeitnehmer im Privatsektor. Regierungs-, Gewerkschafts- und Patronatsvertreter trennten sich nach eingehender Diskussion des von Sozialminister Mars Di Bartolomeo (LSAP) und Arbeitsminister François Biltgen (CSV) geschnürten Kompromissvorschlages ohne konkrete Resultate - ein Einvernehmen gab es lediglich darüber, dass das Einheitsstatut ein erstrebenswertes Ziel sei.

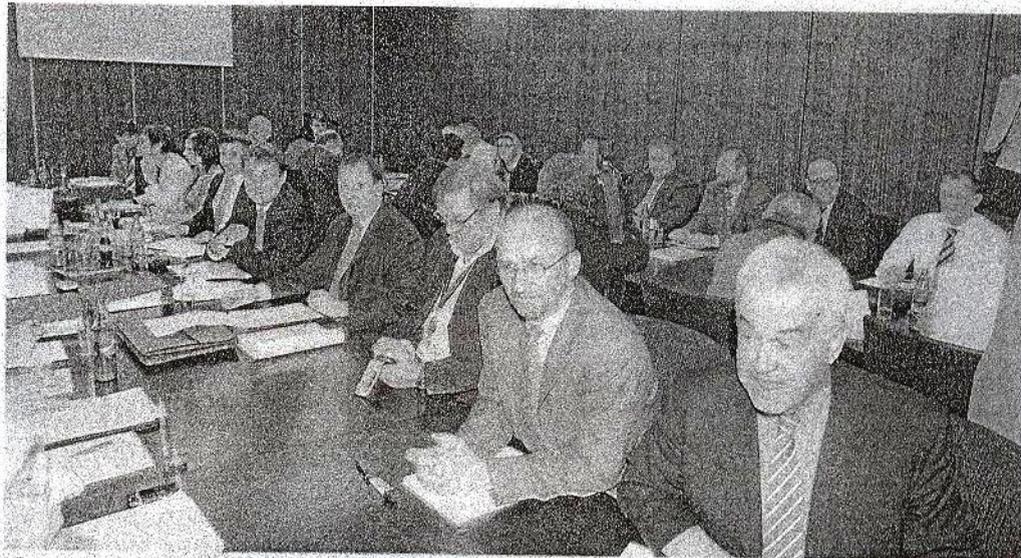
Während die Gewerkschaft OGB-L bereits dem Regierungsvorschlag am Vortag Grünlicht erteilt hatte und sich der LCGB global positiv zu dem Papier äußerte, allerdings erst am Freitag in seinem Nationalrat eingehend Stellung beziehen will, erklart von Patronatsseite strikte Ablehnung für den vorliegenden Kompromissvorschlag.

### Patronat lehnt Regierungspapier ab

„Wir sind mit dem Großteil der Vorschläge nicht einverstanden, weil sie sich nicht an die Tripartite-Vorschläge halten. Wir haben nie zugesagt, dass aus jedem Arbeiter ein Privatbeamter werden soll“, sagte der Direktor der Handwerkerföderation, Romain Schmit, und äußerte heftige Bedenken zur geplanten Überstundenregelung.

Selbige werden bekanntlich zur Zeit bei Arbeitern mit 25% zusätzlich vergütet, bei Privatbeamten mit 50%. Eine Angleichung an das Privatbeamtenstatut sei inakzeptabel, so Schmit, der das in der Tripartite festgehaltene Prinzip der gesamtwirtschaftlichen Kostenneutralität der Einführung des Privatbeamtenstatuts in Frage gestellt sieht.

Das Regierungspapier, das in keiner Weise dem „Krankfeiern“ Einhalt gebiete, würde Unter-



Rücken an Rücken. Schwierige Arbeitsatmosphäre bei den gestrigen Verhandlungen

Photo: F. Aussems

nehmen „kaputt“ machen, sagte Schmit.

Ähnliche Töne schlug am Abend die Handelskonföderation an. In einer Pressemitteilung lehnte sie das Regierungsmodell schlicht ab.

Das die zuständigen Minister demnach wieder aufs Metier nehmen müssen. „Wir werden die Bedenken der Patronatsvertreter erneut mit in den Regierungsrat nehmen“, kündigte Sozialminister Mars Di Bartolomeo nach der Sitzung an, die er wie gehabt optimistisch als konstruktiv bezeichnete.

### Di Bartolomeo: keine Blockadesituation mehr

Man befinde sich nicht mehr in einer Blockadesituation wie im vergangenen Dezember, meinte der Ressortminister. Vor den Feiertagen waren Patronat und Gewerkschaften bekanntlich ergebnislos auseinander gegangen. So dass die Regierung also ein Kompromisspapier für die „Jahrhundertreform“, die eine tiefgreifende Abänderung des Luxemburger Sozialsystems zur Folge hätte, vorlegen musste.

Darin enthalten ist ein „Ablieferungsmodell“ für die Effekte der Einführung des Einheitsstatuts auf besonders betroffene Unternehmen, das über die fünf Jahre nach Einführung des einheitlichen Statuts ab dem 1.1.2009 gelten soll, das bekanntlich die Lohnfortzahlung während der ersten 13 Wochen eines Krankheitsfalls einheitlich auf die Unternehmen überträgt.

Dafür soll während einer Periode von drei Jahren die aus der Differenz des jetzigen Arbeiterbeitragsatzes zum neuen, niedriger liegenden Beitragssatz von den Unternehmen einbehalten werden können, eine Mutualität mit staatlichem „fonds de roulement“ soll gegründet werden können.

Außerdem soll die Reform der Unfallversicherung Erleichterungen für betroffene Unternehmen bringen. Nach drei Jahren soll ebenfalls eine Bilanz der Einführung des Einheitsstatuts gezogen werden und eventuell Unterstützungsmaßnahmen beispielsweise durch Steuergutschriften Anwendung finden.

Dem Patronat, das den geplanten Abänderungen der Arbeits-

gesetzgebung in Sachen Kollektivverträge und Personaldelegationen ebenfalls skeptisch gegenüber steht, gehen diese Vorschläge nicht weit genug.

### Arbeitsgruppe zu Krankenscheinmißbrauch

Das komplexe Problem des Krankenscheinmißbrauchs soll nun aus den Diskussionen über das Einheitsstatut ausgeklammert werden und durch eine „Groupe de Travail de haut niveau“ ersetzt werden, die sämtliche Facetten des Problems auslöten soll und die Schlussfolgerungen an die zuständigen Krankenkassengremien weiter reichen soll.

Die Arbeiten würden parallel zu den eigentlichen Diskussionen über das Einheitsstatut geführt, meinte Minister Mars Di Bartolomeo gestern.

Der Ball „Jahrhundertreform“ bleibt also bis auf Weiteres im Lager der Regierung, die bereits an diesem Freitag über den Fortgang der Gespräche diskutieren dürfte.